

## Antrag 03: Psychische Gesundheit ernst nehmen - Versorgung verbessern

Antragsteller*in:	Junge Liberale
Status:	angenommen

1 Psychische Gesundheit ist ein Grundpfeiler für ein selbstbestimmtes und  
2 eigenverantwortliches Leben. Gleichzeitig werden Menschen mit psychischen  
3 Erkrankungen häufig stigmatisiert und Hilfsangebote sind schwer erhältlich oder  
4 fehlen gar völlig. Für uns Liberale ist es eine Selbstverständlichkeit, Stigmata  
5 aufzubrechen, Vorurteilen entgegenzutreten und die Versorgung für Betroffene zu  
6 verbessern. Wir fordern daher keine Lippenbekenntnisse, sondern konkrete Maßnahmen  
7 zur Verbesserung der aktuellen Versorgungslage für Menschen mit psychischen  
8 Erkrankungen.

9

10

11 Im Bereich Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene fordern wir:

12

13 - ein interdisziplinäres Expertengremium mit Vertretern aus Pädagogik, Medizin,  
14 Psychologie, Rechtswissenschaften sowie des Bildungsministeriums, welches mit der  
15 Erstellung von Leitlinien zu Prävention und Umgang mit psychischen Erkrankungen in  
16 allen Bildungseinrichtungen beauftragt wird.

17

18 - einen Ausbau an Stellen für Schulpsychologen.

19

20 - angemessene Härtefallregelungen für Menschen mit psychischen Erkrankungen. Diese  
21 müssen vor allem durch eine Niedrigschwelligkeit gekennzeichnet sein, damit den  
22 Erkrankten zusätzlicher Druck genommen wird und sie ihre Leistungen nach ihrem vollen  
23 Potenzial erbringen können.

24

25 - regelmäßige Fortbildungen für Lehrpersonen, mit dem Ziel der frühzeitigen  
26 Erkennung, des angemessenen Umgangs sowie dem Entgegenwirken von Stigmatisierung von  
27 psychischen Erkrankungen bei Schülerinnen und Schülern sowie Studierenden. So können  
28 Lehrerinnen und Lehrer ihrer Vorbildfunktion vollumfänglich gerecht werden.

29

30 - die Sicherstellung der Finanzierung von Kinder-/ Jugendseelsorge- und  
31 Beratungsangeboten, auch konfessionsunabhängiger, um Menschen verschiedener  
32 Glaubensrichtungen bei der Verarbeitung von Trauer und akuter Krisen zu unterstützen.

33

34 - einen Ausbau von Frauen- und Männerschutzhäusern mit der Möglichkeit, eigene Kinder  
35 mitnehmen zu können.

36

37

38 Im Bereich Ambulante Therapie und stationäre Klinikaufenthalte fordern wir:

39

40 -Selbstbestimmung in jeder Lebenslage auch für Menschen mit psychischen Erkrankungen  
41 soweit wie möglich zu erhalten. Die zwangsweise Unterbringung von Menschen mit  
42 psychischen Erkrankungen wegen Selbstgefährdung muss weiterhin hohen Anforderungen  
43 unterliegen, die auch in der Praxis engmaschig kontrolliert werden. Die Ausgestaltung  
44 der Unterbringung muss Würde und Autonomie der Unterbrachten konsequent in den  
45 Mittelpunkt stellen. Für Patienten und Angehörige brauchen wir einen schnellen und  
46 einfachen Zugang zu Beratungs- und Beschwerdestellen.

47

48 - auf Bundesebene für eine Weiterentwicklung des Vergütungssystems einzutreten, die  
49 den tatsächlichen Behandlungsbedarf der Patienten abdeckt. Wir fordern daher eine  
50 Abrechnung nach erbrachten ärztlichen Leistungen für die nach ärztlicher Einschätzung  
51 notwendige Behandlungsdauer. Eine Rasterpsychotherapie lehnen wir ab.

52

53 -ein besseres, in sich abgestimmtes Entlassmanagement, das einen nachhaltigen  
54 Übergang zwischen stationärer und ambulanter Behandlung in beide Richtungen  
55 sicherstellt. Hierunter fallen beispielsweise, aber nicht abschließend, die Suche  
56 nach einem ambulanten Psychotherapieplatz, einem Platz in Einrichtungen für betreutes  
57 Wohnen, in Tageskliniken oder Tagesstätten.

58

59

60 Zur Verbesserung der Versorgungssituation in Stadt und Land fordern wir:

61

62 - die Neuberechnung der Bedarfsplanung von 2019 kritisch zu evaluieren und ggf. nach  
63 oben zu korrigieren. Denn die langen Wartezeiten mit denen Kranke rechnen müssen,  
64 zeigen den unmittelbaren Handlungsbedarf auf. Das schließt auch die Prüfung einer  
65 Niederlassungsfreiheit für Psychotherapeuten ein.

66

67 - den Ausbau des Sozialpsychiatrischen Dienstes (SPDi).

68

69 - die Psychotherapie per Videotelefonie flexibler zu ermöglichen. Dabei ist die  
70 Begrenzung auf max. 20% der Sitzungen nicht pauschal sinnvoll. Datenschutz und  
71 Datensicherheit müssen hierbei entsprechend der DSGVO gewährleistet sein. Um den  
72 ländlichen Raum zu stärken, braucht es Förderprogramme mit Anreizen, damit sich in  
73 Regionen mit aktuellem Mangel die entsprechenden Fachleute niederlassen.

74

75

76 Im Bereich der Ausbildung von Psychotherapeuten fordern wir:

77

78 - den Bedarf der Anzahl der Studienplätze und Universitätsprofessuren für Psychologie  
79 und Psychotherapie zu prüfen und ggf. zu erhöhen.

80

81 - eine verbesserte Übergangsregelung für Absolventen der bisherigen  
82 Psychologiestudiengänge. Die Möglichkeit einer Psychotherapeutenausbildung sollte für  
83 alle zum Zeitpunkt der Reform eingeschriebenen Studierenden der Psychologie erhalten  
84 bleiben.

85

86 - rechtliche Fortbildungen zum Thema Selbstbestimmung und Teilhabe an Entscheidungen  
87 für Mitarbeiter an psychiatrisch arbeitenden Institutionen verpflichtend einzuführen.  
88 So sollen die Behandlungsentscheidungen unabhängig vom Alter nach Möglichkeit durch  
89 die Betroffenen in Absprache mit Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten bzw.  
90 Ärztinnen und Ärzten im Sinne einer partizipativen Entscheidungsfindung (Shared-  
91 Decision-Making) gefällt werden.

92

93 - eine finanzielle Stärkung von Selbsthilfvereinen, um den Gruppen die Deckung der  
94 laufenden Kosten zu ermöglichen.

95

96

97 Im Bereich Forschung und Prävention fordern wir:

98

99 - eine umfangreiche Aufklärungskampagne durch die BZgA um dem gesellschaftlichen  
100 Stigma, allgemeinen Tabus und der breiten Unkenntnis über psychische Erkrankungen  
101 etwas entgegenzusetzen

102

103 - eine Leitlinie, die bei der Dosierung von Psychopharmaka das Geschlecht und weitere  
104 relevante Merkmale berücksichtigt.

105

106 - eine Aufschlüsselung der Nebenwirkungen nach Geschlecht bei Zulassungsstudien von  
107 Psychopharmaka.

108

109

110 Im Bereich der rechtlichen Ausgestaltung fordern wir:

111

112 - die Gleichstellung von Personen mit psychischen und somatischen Erkrankungen  
113 hinsichtlich ihrer Rechte am Arbeitsplatz, in der Schule, in der Ausbildung und an  
114 Hochschulen, um einer Diskriminierung effektiv entgegen zu wirken.

115

116 - eine Evaluation der Besuchskommissionen in stationären Einrichtungen.

## **Begründung**

erfolgt mündlich.